

Antrag 2022/E/1
Jusos Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Internationale Kommission
des Parteivorstandes**Vereint nach Vorne: Die Zeitenwende darf keine Rolle rückwärts werden!**

1 Wir können zurzeit alle beobachten, wie
2 sich der gesellschaftliche Diskurs rund
3 um den Angriffskrieg Russlands gegen
4 die Ukraine polarisiert und alles in ein
5 Schwarz/Weiß übergeht. Was ganz drin-
6 gend fehlt: Eine vernünftige, linke Sicht-
7 und Herangehensweise an die aktuelle
8 Lage und die daraus resultierenden Fol-
9 gen, auch für uns und unsere Politik. Die
10 Gleichstellung von Putins Krieg und dem
11 aktuellen und historischen Verhalten der
12 NATO unter anderem mit der Bezeichnung
13 als „Angriffsbündnis“, zeigt eine Verklä-
14 rung Russlands und eine Verfälschung der
15 geopolitischen Situation auf. Es ist nach
16 unserem Verständnis auch nicht links, die
17 Ukraine mit dem scheinheiligen Argument
18 zur Kapitulation zu drängen, dass man nur
19 so das Töten stoppen könne. Es ist aber
20 genauso wenig links, auf jede Kritik z.B.
21 zum 2%-Ziel mit reflexartigen “Dann geh
22 doch nach Russland!” Rufen zu reagieren,
23 oder denjenigen, die nicht sofort jeder
24 Forderung der Ukraine zustimmen, wie
25 z.B. der Schließung des Luftraums, vor-
26 zuwerfen, sie wollten die Ukrainer*innen
27 alle abgeschlachtet sehen. Das ist alles
28 nicht links, sondern kurzsichtiges Schwarz-
29 Weiß Denken in altbekannten Mustern.
30 Daher wollen wir uns als Jusos für eine
31 differenzierte Debatte einsetzen, die ohne
32 Beißreflexe stattfindet. Die Situation ist zu
33 dramatisch, als sich gegenseitige Vorwürfe
34 zu machen und somit das Diskussionskli-
35 ma zu vergiften. Genauso polarisiert wie

36 die Debatte, wird seit Olaf Scholz' Rede
37 am 27.02.2022 auch der Begriff der Zeiten-
38 wende. "Zeitenwende" kann aber nicht
39 heißen, einfach mehr Geld ins Militär zu
40 schütten. Betrachtet man die Geschichte
41 wird schnell klar: Das ist nichts Neues, das
42 ist keine "Zeitenwende"! Das hat es alles
43 schon mal gegeben. So sind die Ausgaben
44 fürs Militär sowohl in Deutschland, der NA-
45 TO als auch der Welt im letzten Jahrzehnt
46 (und darüber hinaus) konstant angestie-
47 gen. Um eine tatsächliche Zeitenwende zu
48 vollziehen, die über das Zurückfallen in alte
49 Muster hinausgeht, bedarf es:

50 1. Schonungslose Fehleranalyse Durch die
51 Existenz der Sowjetunion als Nachbarn
52 der BRD hat viele Jahrzehnte die Politik
53 Deutschlands geprägt. Nach dem Zerfall
54 der UdSSR wurde diese Nachbarschaftspo-
55 litik fortgesetzt, wobei Staaten wie Polen
56 oder die Ukraine von Seiten der deutschen
57 Politik lange nicht ernst genug genommen
58 wurden als eigenständige Staaten. So wur-
59 den vor allem die Warnungen vor Russland
60 als Aggressor konsequent nicht ernst ge-
61 nommen und übergangen. Warum ist es
62 so wichtig, sich das einzugestehen? Weil
63 Einsicht wirklich der erste und wichtigste
64 Schritt zur Besserung ist. Denn diese Ein-
65 sicht führt auch zu einer weiteren Erkennt-
66 nis, die, zugegeben, inzwischen schon bei
67 vielen angekommen ist: Wladimir Putin ist
68 ein eiskalter, berechnender und machtori-
69 entierter Stratege. Er geht wahrlich über
70 Leichen, um seine innen- und machtpoli-
71 tischen Interessen zu sichern. Dabei sieht
72 er sich als „starker Mann“ und „Vaterlands-
73 bewahrer“ und versucht im Hintergrund
74 mutmaßliche politische Gegner und Kri-
75 tiker wie Alexej Nawalny oder Alexander

76 Litwinenko zu liquidieren. Letzterer hat-
77 te die mutmaßliche Beteiligung des FSB
78 an denjenigen Bombenanschlägen offen-
79 gelegt, die Putin zur Macht verhalfen und
80 den Tschetschenienkrieg rechtfertigten. Es
81 wird klar, dass ein Menschenleben in Pu-
82 tins Politik keinen Wert hat. Das Vorgehen
83 im Tschetschenienkrieg, insbesondere wie
84 Grosny dem Erdboden gleichgemacht wur-
85 de, zeigt, wie schonungslos und gewaltvoll
86 Wladimir Putin bereits damals seine Inter-
87 essen durchsetzte. Dieses Ausmaß an Ge-
88 walt zieht sich durch all seine Kriege, die
89 er seit Beginn seiner Präsidentschaft zur
90 Rechtfertigung innenpolitischer Entschei-
91 dungen nutzte. Als Putin 2001 im Bundes-
92 tag sprach, hielt er sich vermutlich bedeckt.
93 Keinesfalls jedoch war er harmloser. Die
94 deutsche Politik – insbesondere der neoli-
95 berale Zeitgeist – nahm Gefallen daran und
96 stellte die eigenen wirtschaftlichen Interes-
97 sen vor die Geltung von Menschenrechten,
98 Frieden und Freiheit. Den Preis für diese Ge-
99 schäfte haben daher stets andere gezahlt –
100 und sie zahlen ihn bis heute. Weiter müs-
101 sen wir sehen: Putin ist ein Antidemokrat
102 und Antieuropäer. Wir, unsere Demokratie
103 und Freiheit und unsere Vorstellung von
104 Gleichberechtigung sind seine Feindbilder.
105 Das ist spätestens seit dem Überfall auf die
106 Ukraine auch bei den allermeisten Konsens.
107 Aber beruhend auf dieser Tatsache müssen
108 wir uns unbedingt klarmachen: Damit sind
109 wir seine Zielscheibe. Uns zu schaden, ist
110 gut für ihn, und daher denkt er den Scha-
111 den, den er uns zufügen kann, bei jedem
112 Schritt mit. Als ehemaliger Geheimdienst-
113 agent und als Antidemokrat verfolgt er sei-
114 ne Agenda immer weiter und kann pro-
115 blemlos in größeren Zeitfenstern denken

116 als Politiker*innen demokratischer Staaten,
117 weil ihn Wahlen nicht mehr aufhalten kön-
118 nen. Mit Desinformation destabilisiert er
119 Europa seit Jahrzehnten. Er stärkt die euro-
120 päische Rechte, die genau wie er gegen un-
121 sere liberale Demokratie kämpft - seit Jahr-
122 zehnten. Nicht umsonst ließ sich Marine Le
123 Pen mit ihm für einen Wahlkampf flyer fo-
124 tografieren. Ein Akt, der ihr später auf die
125 Füße gefallen ist. Auch die Affinität der AfD
126 im Umgang mit Russland bestätigt dieses
127 Bild. Putin lässt uns ausspähen. Er bereitet
128 erst den fruchtbaren Boden um dann sei-
129 ne giftige Saat zu säen. Putin nutzt Themen
130 wie z.B. Geflüchtete, um Streit und Uneinig-
131 keit auszulösen und damit eine Schwäche
132 in unserer „demokratischen Welt“ herbei-
133 zuführen. Auch beim Brexit und der Wahl
134 Donald Trumps zum US-Präsidenten hatte
135 er die Finger im Spiel. Mit dem Ziel den libe-
136 ralen Demokratien zu schaden. Die direkte
137 wie indirekte Beteiligung Russlands in zahl-
138 reichen Kriegen und regionalen Konflikten
139 ist eine nicht-hinzunehmende Praxis der
140 Eskalation, in der einheimische Zivilist*in-
141 nen und Soldat*innen getötet und/oder
142 vertrieben werden. So sind beispielsweise
143 auch 2015 viele Syrer*innen genauso vor
144 russischen Bomben geflohen, wie heute die
145 Ukrainer*innen. Auch in Mali sind im April
146 '22 hunderte Menschen regelrecht exeku-
147 tiert worden, die meisten davon Zivilist*in-
148 nen. Mit dabei: Russische Söldner*innen
149 der Gruppe Wagner. In sehr vielen Ländern
150 auf dem afrikanischen Kontinent operiert
151 Russland mit Söldnertruppen: Diese bilden
152 dort staatliche Sicherheitskräfte aus und
153 bewachen gefährdete Gebiete. Interessan-
154 terweise sind das immer Gebiete, in de-
155 nen es wertvolle Rohstoffe gibt. Und wöh-

156 rend wir mit Geflüchteten an der polnisch-
157 belarussischen Grenze beschäftigt waren,
158 hat er die Mobilisierung gegen die Ukrai-
159 ne vorbereiten und planen lassen. Für ei-
160 ne linke Sichtweise ist es auch unabding-
161 bar, nicht “auf dem rechten Auge blind” zu
162 sein. Auch in der Ukraine agieren faschis-
163 tische Kräfte wie beispielsweise das Asow-
164 Regiment oder der Rechte Sektor. Als Jung-
165 sozialist*innen, die sich zum Antifaschis-
166 mus bekennen, darf es für uns keine Unter-
167 scheidung in “gute Nazis” und “schlechte
168 Nazis” geben. Die Verharmlosung faschisti-
169 scher Gruppierungen in der Ukraine findet
170 aktuell vermehrt statt - so wird argumen-
171 tiert, sie hätten bei den letzten Parlaments-
172 wahlen gerade einmal 2% der Wähler*in-
173 nenstimmen erhalten. Die Verbreitung sol-
174 cher Relativierungen betrachten wir mit
175 Sorge, denn harmlos ist ihre nationalisti-
176 sche, faschistische und rassistische Ideolo-
177 gie deshalb nicht! Andere rechtsextreme
178 und faschistische Gruppen und Organisa-
179 tionen, wie beispielsweise der Dritte Weg
180 oder die Identitäre Bewegung in Deutsch-
181 land erreichen noch weniger Prozente oder
182 treten erst gar nicht zur Wahl an, trotzdem
183 käme auch hier niemand auf die Idee, sie
184 als harmlos zu betrachten. Aktuell haben
185 die rechtsextremen Gruppen in der Ukrai-
186 ne kaum eine politische Relevanz, doch sind
187 sie gerade dabei sich diese zu erkämpfen.
188 Diese Entwicklung dürfen wir nicht ignorie-
189 ren indem wir in ein Schwarz/Weiß Denken
190 verfallen. Wir Jungsozialist*innen sind sta-
191 bil gegen Rechts - ohne Kompromisse. Dies
192 zu erkennen steht in keinerlei Widerspruch
193 zu unserer Solidarität den Ukrainer*innen
194 gegenüber und unserem Bestreben, sie zu
195 unterstützen! Die russischen Kriegsverbre-

196 chen werden dadurch nicht relativiert und
197 von uns aufs Schärfste verurteilt. Die Unter-
198 stützung der Ukraine durch die Bundesre-
199 publik, die EU und weitere Staaten & Bünd-
200 nisse halten wir für den einzig richtigen
201 Weg, den es gilt noch entschlossener ge-
202 meinsam zu bestreiten.

203 2. Zeitenwende, aber richtig Wir Jungso-
204 zialist*innen stehen für eine Zeitenwende,
205 die diesen Namen auch verdient. Wir ste-
206 hen für ein Denken in Visionen und unsere
207 Vision von einer friedlichen, freiheitlichen
208 und gerechten Zukunft verfolgen wir im-
209 mer vor dem Hintergrund der aktuellen Ge-
210 schehnisse. Wir denken nicht bis morgen,
211 nicht bis zur nächsten Wahl – wir denken
212 bis zur Zukunft! Genau dieses Denken er-
213 warten wir auch von der SPD, denn dies
214 unterscheidet die Sozialdemokratie von der
215 politischen Konkurrenz. Es muss viel passie-
216 ren, viel Unbequemes, viel das unseren All-
217 tag verändern könnte und wird, und all das
218 wird auf Widerstand treffen. Nicht jeder
219 Widerstand wird demokratisch sein. Der
220 größte Teil wird durch die neue und alte
221 Rechte mobilisiert und angeheizt werden,
222 wie wir bei Pegida und Querdenken schon
223 sehen konnten. Es kommen mit der Klima-
224 krise gewaltige Herausforderungen auf uns
225 zu, und der Frieden in Europa und der Welt
226 ist so wackelig wie lange nicht. Wir brau-
227 chen tatsächlich eine Zeitenwende. Wehr-
228 hafte Demokratie Um diese Zeitenwende
229 und den Widerstand, den sie mit sich brin-
230 gen wird, erfolgreich gestalten zu können,
231 brauchen wir eine Wehrhafte Demokratie.
232 Und zwar nicht als leere Floskel, sondern
233 tatsächlich umgesetzt. Wir und vor allem
234 die Politik muss sich darauf einstellen, dass
235 Gegenwind kommen wird und gegen not-

236 wendige Veränderung Kampagnen gefah-
237 ren werden, und dass so manche Entschei-
238 dung vielleicht 2% oder 3% in den Umfra-
239 geergebnissen kosten wird. Als Otto Wels
240 1933 seine berühmte Rede zum Ermächti-
241 gungsgesetz gehalten hat, hatte er nicht
242 die nächsten Wahlergebnisse im Blick. Und
243 er wusste, dass ihn diese Rede viel mehr
244 kosten würde, als ein paar Prozentpunk-
245 te. Das sollten auch wir uns alle vor Au-
246 gen führen. Des Weiteren muss klar sein,
247 dass wir alles tun müssen um unsere De-
248 mokratie zu schützen. Wir unterstützen die
249 für dieses Jahr im Bund geplante Beschluss-
250 fassung über das Demokratiefördergesetz.
251 Uns ist jedoch klar, dass dies mit der Er-
252 möglichung von Maßnahmen und Förde-
253 rungen, nur ein erster Schritt sein kann
254 in der Bekämpfung von strukturellem Ras-
255 sismus in unserer Gesellschaft. Wir müs-
256 sen weiterhin jeden Tag eine laute Stim-
257 me und stabil gegen Rechts sein, um die-
258 sen zu bekämpfen. Außerdem ist uns be-
259 wusst, dass durch den strukturellen Ras-
260 sismus in unserer Gesellschaft, jede*r von
261 uns damit sozialisiert wurde. Deshalb darf
262 Demokratiearbeit nicht erst bei Jugendli-
263 chen ansetzen, sondern muss schon in der
264 frühkindlichen Bildung selbstverständlich
265 mitgedacht werden. Damit auch in den
266 nächsten Jahren der Fokus auf Demokra-
267 tiearbeit und damit auch dem Kampf ge-
268 gen rechte Strukturen erhalten bleibt, muss
269 das Demokratiefördergesetz weiterhin eva-
270 luiert und verstärkt werden. Demokratiear-
271 beit bedeutet außerdem, Kindern und Ju-
272 gendlichen erfahrbar machen, was Demo-
273 kratie bedeutet. Sei es bei der Mitsprache
274 im Kindergarten, der Wahl von Schüler*in-
275 nenvertretungen, aber vor allen Dingen da-

276 mit, dass endlich das Wählen ab 16 Rea-
277 lität wird. Denn nur so kann Demokratie
278 als selbstverständliche Handlung im All-
279 tag von jungen Menschen erfahrbar veran-
280 kert werden. Wir müssen unsere Institutio-
281 nen konsequent vor Demokratiefeind*in-
282 nen schützen. Das heißt konkret:

- 283 • Nazis Raus aus der Polizei!
- 284 • Nazis Raus aus der Bundeswehr!
- 285 • Nazis Raus aus der Justiz!
- 286 • Nazis Raus aus den Geheimdiensten!

287 Es muss Schluss sein mit konservativen
288 Scheindebatten darüber, ob es nun wirk-
289 lich rechtsextreme Strukturen in unseren
290 Sicherheitsbehörden gibt, oder ob doch al-
291 les tragische Einzelfälle sind. Und egal wie
292 groß oder klein der Anteil Rechtsextremer
293 in den jeweiligen Institutionen sein mag,
294 für uns Jungsozialist*innen muss gelten:
295 Jede*r Rechtsextreme ist eine*r zu viel. Wir
296 haben zulange dabei zugesehen, es wur-
297 de zu viel Leid und Unrecht verursacht,
298 das Vertrauen in diese Institutionen hat
299 zu sehr gelitten. Wir können als Gesell-
300 schaft aber keine Zeitenwende vollbringen
301 und an einem Strang ziehen, wenn das
302 Vertrauen in die staatlichen Behörden be-
303 schädigt ist. Und die Behörden können an-
304 dersrum auch nicht richtig arbeiten, wenn
305 die Bevölkerung ihnen nicht vertraut und
306 sich Staatsfeind*innen in den eigenen Rei-
307 hen wiederfinden. Den Staat handlungsfä-
308 hig machen Für uns bedeutet das in ers-
309 ter Linie: weg mit der elendigen Schulden-
310 bremsen. Und zwar sofort. Spätestens seit
311 der Corona-Pandemie und dem Krieg ge-
312 gen die Ukraine dürfte auch den letzten
313 klar geworden sein, dass unser Land ein
314 massives Investitionsproblem hat. Digitali-
315 sierung, Gesundheitswesen, Bildung, Aus-

316 bau der erneuerbaren Energien, die Bun-
317 deswehr, usw. Überall klaffen Löcher die ge-
318 stopft werden müssen um überhaupt ei-
319 nen vernünftigen Status Quo zu erreichen
320 - und dann haben wir noch nicht für die
321 Zukunft gedacht. Wir brauchen finanziel-
322 len Handlungsspielraum, wir dürfen unse-
323 re zukünftige Lebensqualität nicht von fehl-
324 geleiteten Vorstellungen darüber, wie ein
325 Staat haushalterisch geführt werden soll-
326 te, abhängig machen. Uns Jungsozialist*in-
327 nen ist auch klar, dass mit einer Zeitenwen-
328 de auch soziale Härten aufkommen werden
329 die unser Staat abfedern muss. Wir erleben
330 massive soziale Ungleichheit in Deutsch-
331 land, Armut in einem der reichsten Länder
332 der Welt, und eine viel zu geringe sozia-
333 le Mobilität. Wir brauchen eine Umvertei-
334 lung von oben nach unten, denn "Trickle-
335 Down" funktioniert vielleicht unter der Du-
336 sche, aber nicht in unserer Wirtschaftsord-
337 nung. Daher setzen wir uns für die schnel-
338 le Einführung einer effektiven Erbschafts-
339 steuer ein, denn nichts ist ungerechter als
340 zu erben. Wir haben es dabei nicht auf
341 Omas Häusle oder den kleinen Schreinerei-
342 Betrieb von Onkel Gustav abgesehen, da-
343 her ist klar, dass ein gewisser Freibetrag er-
344 halten bleiben muss. Wir bitten all dieje-
345 nigen zur Kasse, die wir allgemein als „Su-
346 perreiche“ bezeichnen und die andernorts
347 auch als „Oligarchen“ betitelt wurden. Das
348 sind vor allem diejenigen, die in wenigen
349 Minuten mehr Geld einnehmen als durch-
350 schnittliche Arbeitnehmer*innen in einem
351 ganzen Jahr! Daran, solche Vermögen zu
352 erben ist nichts verdient und nichts ge-
353 recht! Energiepolitik Wir müssen unabhän-
354 gig werden. Vieles werden wir dabei noch
355 diskutieren müssen, doch aus unserer Sicht

356 ist jetzt bereits klar: Sich von autokrati-
357 schen Regimen wie Saudi-Arabien oder Ka-
358 tar abhängig zu machen, ist keine Zeiten-
359 wende. Und die fossilen Energien einfach
360 bei demokratischen Staaten zu kaufen ist
361 auch keine. Wir müssen so schnell wie mög-
362 lich raus aus den fossilen Energien und kei-
363 ne neuen Abhängigkeiten schaffen! Daher
364 muss folgender Weg entschlossen beschrif-
365 tet werden:

- 366 • Windkraft massiv ausbauen. Der
367 Bund muss Planungsverfahren be-
368 schleunigen, die Länder müssen
369 innerhalb eines Jahres 2% der Lan-
370 desfläche zur Verfügung stellen,
371 damit schnellstmöglich mit dem Bau
372 begonnen werden kann
- 373 • Solar auf jedem geeigneten Dach
374 muss Pflicht sein! Wer kein Dach hat,
375 oder wo es nicht geeignet ist: Mo-
376 bile PV Anlagen wie beispielsweise
377 für Balkone müssen massiv gefördert
378 werden - jede sauber erzeugte Kilo-
379 wattstunde nützt!
- 380 • Ein Tempolimit von mindestens 130
381 km/h auf Autobahnen. Es kostet
382 nichts, wirkt nachweislich und sofort
383 - die Debatten darüber haben wir viel
384 zu lange ergebnislos geführt. Wer
385 seine Freiheit dadurch eingeschränkt
386 sieht, bewegt sich im selben absur-
387 den Freiheitsbegriff wie diejenigen,
388 die ihre Freiheit durch das Tragen
389 einer Maske eingeschränkt sehen.
- 390 • Keine weiteren Abhängigkeiten von
391 fossilen Energien schaffen: schwim-
392 mende LNG-Terminals reichen laut
393 vielen Expert*innen aus, um den Be-
394 darf durch den Ausstieg aus russi-
395 schem Gas zu decken! Das Geld, das

396 für den Bau fester Terminals nötig
397 wäre ist im Ausbau der Erneuerbaren
398 besser aufgehoben!

399 • Eigentümer*innen in die Pflicht neh-
400 men: Die energetische Sanierung des
401 Gebäudesektors muss schnell und
402 sinnvoll unterstützt werden - Förder-
403 gelder hierfür hat der Bund bereitge-
404 stellt. Jetzt geht es um das Tempo: Bis
405 2030 müssen Gebäude klimaneutral
406 beheizbar sein. Klar ist auch, dass kei-
407 nerlei Kosten auf Mieter*innen um-
408 gelegt werden dürfen!

409 3. Schluss mit der Doppelmoral

410 Aktuell liegt unser Augenmerk natürlich
411 hauptsächlich auf Russland und Putins im-
412 perialistischen Bestrebungen. Aber Russ-
413 land ist nicht das einzige autoritär regier-
414 te Land, in dem Meinungs- und Pressefrei-
415 heit eingeschränkt werden und die Werte
416 die wir vertreten möchten missachtet wer-
417 den.

418 Umgang mit China

419 Auch hier müssen wir klare Kante zeigen!
420 Es muss uns daher gelingen, eine strate-
421 gische Unabhängigkeit zu erlangen, ohne
422 Kontakte, auch wirtschaftlicher Natur, in
423 andere Staaten mit anderen Wertvorstel-
424 lungen komplett abreißen zu lassen. Im
425 Bezug auf China bedeutet dies, dass wir
426 die Kooperation in Bereichen der Sicher-
427 heit und Infrastruktur, auch und beson-
428 ders in der Telekommunikationsinfrastruk-
429 tur herunterfahren müssen - wir brauchen
430 hier dringend Unabhängigkeit, um nicht er-
431 pressbar zu werden. Dies sollte eine kla-
432 re Lehre aus unserer Abhängigkeit von rus-
433 sischem Gas sein. Konkret bedeutet das,
434 dass wir Unternehmen, die in Verbindung
435 zur chinesischen Staatsführung stehen, wie

436 z.B. Huawei, von dem Ausbau der digita-
437 len Infrastruktur in Europa ausschließen
438 müssen. Wir müssen anerkennen, dass es
439 derzeit dennoch eine starke wirtschaftli-
440 che Abhängigkeit gibt: so ist China einer
441 der größten Absatzmärkte für unsere ex-
442 portorientierte Wirtschaft, gleichzeitig in-
443 vestieren viele deutsche und europäische
444 Unternehmen in China und stellen dort Ar-
445 beitsplätze bereit. Es handelt sich dabei um
446 eine doppelte Abhängigkeit. Für Investitio-
447 nen und Handlungen der europäischen Un-
448 ternehmen vor Ort muss dennoch gelten,
449 dass diese an Bedingungen geknüpft sind
450 - so müssen diese angemessene Arbeits-
451 bedingungen und faire Löhne gewährleis-
452 ten und bei Nichteinhaltung dafür haften.
453 Berichte über Menschenrechtsverstöße wie
454 bei VW in der Region Xinjiang müssen um-
455 gehend durch neutrale Behörden, am bes-
456 ten unabhängige Beobachter*innen, aus-
457 geräumt werden. Dass die Volksrepublik
458 China viele unserer liberalen Werte mit Fü-
459 ßen tritt, darf nicht schulterzuckend hin-
460 genommen werden. Einschränkungen der
461 Pressefreiheit, Zensur, Überwachung - das
462 ist für viele Chines*innen Alltag und wi-
463 derspricht unserer Vorstellung einer Gesell-
464 schaft der Freien und Gleichen. Mit jedem
465 neuen Handelsabkommen machen nicht
466 nur deutsche und europäische Firmen Ge-
467 winn, sondern wird auch die chinesische
468 Führung gestärkt. Eine Führung, die sys-
469 tematisch Menschenrechte verletzt. Nicht
470 erst die kürzlich erschienenen Xinjiang Po-
471 lice Files haben das Ausmaß der Menschen-
472 rechtsverletzungen an Uigur*innen offen-
473 gelegt, aber sollten für unsere Politik und
474 Wirtschaft jetzt Anlass sein, nicht weiter
475 zu schweigen. Wir haben nach der völ-

476 kerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014
477 weiter Geschäfte mit Russland gemacht -
478 diesen Fehler sollten wir so nicht wieder-
479 holen! Die Bundesregierung, aber auch die
480 Unternehmen müssen ihren Einfluss nut-
481 zen um Menschenrechtsverstöße wie die
482 Internierung von Uigur*innen offen anzu-
483 sprechen und eine Veränderung zu bewir-
484 ken. Weigern sich die Unternehmen, muss
485 die Bundesregierung ihnen klare Leitlinien
486 vorgeben. Hierzu sollten Mittel, wie staat-
487 liche Sanktionen und ausbleibende Investi-
488 tionen in Abstimmung mit unseren Bünd-
489 nispartner*innen als Druckmittel genutzt
490 werden. Für uns Jungsozialist*innen steht
491 außer Frage, dass der kulturelle Genozid
492 den die chinesische Führung an den Ui-
493 gur*innen verübt verurteilt und beendet
494 werden muss! Auch das politische Han-
495 deln Chinas in Hongkong verurteilen wir.
496 China hatte sich 1997 mit Großbritanni-
497 en auf das Modell „ein Land, zwei Sys-
498 teme“ geeinigt. Dies war Voraussetzung
499 für die Rückgabe der einstigen Kronkolo-
500 nie an China. China verpflichtete sich für
501 50 Jahre den Menschen in Hongkong et-
502 was zu gewähren, was für uns selbstver-
503 ständlich ist. Pressefreiheit, ein frei gewähl-
504 tes Parlament, eine unabhängige Justiz,
505 Gewerkschaften. Nach und nach untermi-
506 nierte die Volksrepublik dies jedoch. Pro-
507 teste wurden gewaltsam niedergeschla-
508 gen. Demonstrant*innen wurden festge-
509 nommen. Die Justiz urteilt linientreu jahre-
510 lange Haftstrafen für Demonstrant*innen.
511 Kritische Presseverlage und Fernsehstudi-
512 os wurden geschlossen. Der Regierungs-
513 chef wird von einem linientreuen „Wahlko-
514 mitee“ gewählt. Im Jahr 2020 hat das li-
515 nientreue Parlament das sogenannte „Si-

516 cherheitsgesetz" verabschiedet. Ein Gesetz
517 mit einer sehr unklaren Definition auf des-
518 sen Grundlage Menschen verhaftet wer-
519 den und an China ausgeliefert werden kön-
520 nen. Hongkong ist zum Polizeistaat gewor-
521 den, was man auch daran erkennt, dass
522 der ehemalige Sicherheitsminister John Lee
523 zum neuen Regierungschef gewählt wur-
524 de. Er hat das Sicherheitsgesetz maßgeb-
525 lich verantwortet und als Chef der Polizei
526 die Demonstrationen brutal niederschla-
527 gen lassen. Als Reaktion kam von der EU:
528 Nichts. Lediglich der Export von Tränen-
529 gas und Gummigeschossen an China wur-
530 de verboten. Wir haben die Menschen in
531 Hongkong im Stich gelassen. Wir haben die
532 Menschen, die für Demokratie und Presse-
533 freiheit auf die Straße gegangen sind und
534 ihr Leben riskiert haben im Stich gelassen.
535 Ein weiterer Konflikt, der in unserem Teil
536 der Welt momentan zu wenig Beachtung
537 findet, ist die Taiwan Frage. Die Volksre-
538 publik China sieht Taiwan als „abtrünnige
539 Provinz" an, die notfalls militärisch wieder
540 eingegliedert werden soll. Täglich wird der
541 Luftraum Taiwans von chinesischen Kampf-
542 flugzeugen verletzt. Die Kriegsrhetorik Chi-
543 nas hat die letzten Jahre massiv zugenom-
544 men. Partei und Regierungschef Xi Jinping
545 hat es als eines seiner obersten Ziele aus-
546 gerufen, Taiwan wieder zu einem Teil der
547 Volksrepublik zu machen. Die Rüstungsaus-
548 gaben Chinas wachsen Jahr für Jahr. Das
549 Militär übt eine Invasion Taiwans. Taiwan,
550 ein fortschrittliches Land mit einer funktio-
551 nierenden Gewaltenteilung, mit Pressefrei-
552 heit, mit Gewerkschaften und einem Mehr-
553 parteiensystem. Parlamentswahlen laufen
554 frei und friedlich ab. Die Menschen be-
555 kennen sich zur Demokratie. In mehreren

556 Umfragen lehnt eine klare Mehrheit der
557 Taiwan*innen eine Wiedereingliederung
558 entschieden ab. Die Interessen der Taiwa-
559 ner*innen jedoch interessieren die Volksre-
560 publik China wenig. Eine Spirale der Auf-
561 rüstung und der Kriegsrhetorik ist entfes-
562 selt. Auch Taiwan rüstet seine Armee mit
563 Unterstützung der Amerikaner*innen mas-
564 siv auf. Die Amerikaner*innen liefern mas-
565 siv moderne Waffensysteme und bilden die
566 taiwanische Armee aus. Amerikanische
567 Kriegsschiffe fahren häufig durch die Stra-
568 ße von Taiwan um ein klares Signal gegen
569 die Gebietsansprüche Chinas zu senden. Ei-
570 ne militärische Eskalation droht! Nach dem
571 Einmarsch Russlands in die Ukraine müs-
572 sen wir verdeutlichen, dass wir einen Ein-
573 griff in die territoriale Integrität von Taiwan
574 nicht akzeptieren werden und China, eben-
575 so wie Russland, die politische und wirt-
576 schaftliche Isolation droht. Die Entwicklun-
577 gen in Hongkong und rund um Taiwan ma-
578 chen deutlich, wie wichtig unsere Solida-
579 rität mit ihnen ist. Für uns ist klar, dass
580 eine Vereinigung Chinas mit Taiwan nicht
581 gegen den Willen der taiwanischen Ge-
582 sellschaft erfolgen, und nicht mit militäri-
583 schen Mitteln erzwungen werden darf. Des
584 Weiteren dürfen für Geflüchtete aus Hong-
585 kong keinerlei Einschränkungen beim poli-
586 tischen Asyl gelten!

587 NATO-Partner Türkei

588 Für uns als Jusos steht fest: Wer einen völ-
589 kerrechtswidrigen Angriffskrieg verurteilt,
590 darf über den anderen nicht schweigen!
591 Immer wieder greift die Türkei völkerrechts-
592 widrig Gebiete der Kurdinnen und Kurden
593 in Syrien an. Der türkische Präsident Er-
594 dogan sieht die YPG als verlängerten Arm
595 der von ihm und vielen anderen Staaten

596 als Terrororganisation eingestuftem PKK an.
597 Wir als europäische Gemeinschaft und die
598 anderen NATO Mitgliedsstaaten müssen
599 deutlich machen, dass Erdogan basierend
600 auf einer Lüge Verbrechen gegen das Men-
601 schenrecht verübt. Die Türkei greift immer
602 wieder völkerrechtswidrig kurdische Gebie-
603 te an, viele Zivilist*innen verlieren durch
604 die Raketen- und Drohnenangriffe ihr Le-
605 ben - auch jetzt! Im Schatten des russischen
606 Angriffskriegs gegen die Ukraine startete
607 Erdogan Mitte April eine Militärinterventi-
608 on im Nordirak. Diese wurde vom Wissen-
609 schaftlichen Dienst des Bundestags als vö-
610 lkerrechtswidrig eingeordnet! Ebenso kün-
611 digte er an, einen 30km breiten "Schutz-
612 streifen" entlang der Grenze Nordsyriens
613 besetzen zu wollen. Dies begründet er mit
614 der vermeintlichen Bedrohung durch die
615 kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien
616 und damit, dass er eine Million syrische
617 Geflüchtete in speziell angelegte "Siedlun-
618 gen" rückführen möchte. Die Auswirkun-
619 gen dieser Besetzung wären für die dorti-
620 ge kurdische Bevölkerung katastrophal und
621 wäre begleitet von ethnischen Säuberun-
622 gen. Das können und dürfen wir nicht hin-
623 nehmen! Daher muss die Bundesregierung
624 Waffenlieferungen an die Türkei sofort aus-
625 setzen und mit den anderen NATO Mit-
626 gliedern auf ein Ende dieses Angriffs drän-
627 gen. Hier muss die NATO ihre Handlungsfä-
628 higkeit beweisen und klarstellen, dass die
629 Werte, die sie verteidigt für alle gelten!
630 Im Extremfall bedeutet das, dass Mitglie-
631 der wie die Türkei unter solchen Umstän-
632 den nicht länger Mitglied des Bündnisses
633 bleiben können. Es ist außerdem auch be-
634 kannt, dass Erdogan die Meinungsfreiheit,
635 Gewaltenteilung und Demokratie im eige-

636 nen Land mit Füßen tritt. Er löst gewalt-
637 voll, friedliche Demonstrationen auf, Inhaf-
638 tiert kritische Journalisten und sorgt dafür,
639 dass Wahlen zu seinen Gunsten gefälscht
640 werden. Unserer Meinung nach ist in einem
641 westlichen Bündnis kein Platz für eine sol-
642 che Demokratiefeindliche Haltung. Zudem
643 blockiert die Türkei aktuell die Aufnahme
644 von Finnland und Schweden in der NATO.
645 Die Gefahr, dass der Preis für die Aufhe-
646 bung seiner Blockade ein Wegsehen bei den
647 Kurd*innen sein wird, ist real. Die Bundesre-
648 gierung und auch die NATO muss deutlich
649 machen, dass sie diesen Preis nicht bezah-
650 len wird - alles andere wäre Heuchelei!

651 Europäische Union Der russische Angriffs-
652 krieg zeigt uns eines ganz deutlich: wir
653 brauchen eine starke Europäische Union,
654 die geschlossen als Einheit auftritt und
655 Werte- und Demokratievorstellungen ver-
656 teidigt. Die Entschlossenheit, die sich bei
657 den bisherigen Sanktionspaketen gezeigt
658 hat, darf dennoch nicht darüber hinweg-
659 täuschen, dass es auch innerhalb der EU
660 Mitgliedstaaten gibt, die die europäischen
661 Werte missachten. Es ist gut, dass sowohl
662 gegen Ungarn, als auch gegen Polen end-
663 lich Rechtsstaatsverfahren eingeleitet wur-
664 den - solches Verhalten kann nicht kon-
665 sequenzlos bleiben! Für uns ist klar: Wer
666 die demokratischen Institutionen und die
667 Pressefreiheit aushöhlt und einschränkt,
668 wer Faschismus, Homophobie und Rassis-
669 mus nicht entschieden entgegentritt, oder,
670 wie im Falle der beiden Staaten LGBTQIA+
671 ausgrenzt, der hat nicht nur keinen An-
672 spruch auf EU-Gelder, sondern der hat sei-
673 nen Platz in der Europäischen Gemein-
674 schaft verspielt. Wir als EU müssen uns als
675 Safe Space für Menschen jeglicher Herkunft

676 und Orientierung verstehen - wer diesen
677 Weg nicht mitgeht, hat in dieser Gemein-
678 schaft nichts verloren! Und deshalb ist uns
679 klar, dass auch die EU weitgehende Refor-
680 men braucht. Das Einstimmigkeitsprinzip
681 im Rat der EU muss abgeschafft werden,
682 damit einzelne Staaten, wie zum Beispiel
683 Ungarn und Polen, wichtige Entscheidun-
684 gen nicht blockieren können weil sie die ei-
685 gene, reaktionäre und konservative politi-
686 sche Agenda über unsere gemeinsamen eu-
687 ropäischen Werte stellt. Die Grenzschutz-
688 agentur Frontex muss aufgelöst werden -
689 wer Werte im Inneren einfordert, muss die-
690 se allen Menschen entgegenbringen! Das
691 Sterben im Mittelmeer und an den europäi-
692 schen Außengrenzen muss ein Ende haben
693 und das Menschenrecht auf Asyl muss al-
694 len gewährt werden. Die Schaffung sicherer
695 Fluchtrouten, die Entkriminalisierung der
696 Seenotrettung und die Schaffung eines ein-
697 heitlichen europäischen Migrationsgeset-
698 zes, dass den Menschen die Möglichkeit
699 bietet ein neues, würdevolles Leben zu be-
700 ginnen und Ihnen gleiche Rechte garan-
701 tiert, sind zwingend nötig.

702 4. Die Konsequenz: Vereint nach vorne!

703 Die Solidarität die sich aktuell im Umgang
704 mit den ukrainischen Geflüchteten zeigt
705 begrüßen und unterstützen wir in vollem
706 Maße. Doch für uns darf kein Unterschied
707 zwischen ukrainischen Geflüchteten und
708 denen, aus anderen Ländern gemacht wer-
709 den! Die Ungleichbehandlung die sich ak-
710 tuell zeigt ist nach unserem Verständnis
711 der internationalen Solidarität untragbar
712 und muss beendet werden. So muss allen
713 Geflüchteten der Zugang zu Sozialleistun-
714 gen, Bildung und dem Arbeitsmarkt glei-
715 chermaßen ermöglicht werden. Insbeson-

716 dere weiblich gelesenen Geflüchteten müs-
717 sen wir besonderen Schutz und eine beson-
718 dere Betreuung bieten, denn noch immer
719 wird Gewalt gegen Frauen* weltweit als
720 Waffe in Konflikt- und Kriegsgebieten ein-
721 gesetzt. Wir sehen, dass z.B. in Polen ukrai-
722 nischen Frauen* und Mädchen, die Opfer ei-
723 ner Vergewaltigung wurden der Zugang zu
724 einer Abtreibung verwehrt wird - das darf
725 nicht sein! Auch hier zeigt sich wie dringend
726 die Umsetzung der Istanbul-Konvention ist.
727 In Deutschland muss sie endlich vollstän-
728 dig umgesetzt werden, und die Bundesre-
729 publik muss sich international für die Stär-
730 kung von Frauen*rechten einsetzen und sie
731 verteidigen - auch innerhalb der EU! Auch
732 in Afghanistan sind Frauen* und Mädchen
733 durch die Taliban bedroht, und Wegsehen
734 verbietet sich nach den jahrelangen Einsät-
735 zen westlicher Länder dort. Die Ortskräfte,
736 die mit der Bundesrepublik zusammenge-
737 arbeitet und die Bundeswehr vor Ort unter-
738 stützt haben, haben ebenso ein Recht auf
739 Schutz. Ihre Aufnahme muss endlich be-
740 schleunigt werden, und bürokratische Hür-
741 den müssen abgebaut werden. Doch nicht
742 nur Klima und Krieg gefährden Menschen
743 weltweit und treiben sie in die Flucht, son-
744 dern auch der Hunger. "Ob ein Mensch
745 in kriegerischer Auseinandersetzung getö-
746 tet oder durch Gleichgültigkeit zum Hun-
747 gertod verurteilt wird, das macht mora-
748 lisch keinen Unterschied. (...) Wer den Krieg
749 ächten will, muß auch den Hunger äch-
750 ten." sagte Willy Brandt, und so müssen
751 wir uns international dafür einsetzen, dass
752 der Hunger und die akute Ernährungskri-
753 se durch den Krieg gegen die Ukraine nicht
754 zu einer humanitären Katastrophe wird -
755 dies muss über eine Aufstockung unserer

756 Entwicklungshilfe und die enge Kooperati-
757 on mit unseren internationalen Partnern si-
758 chergestellt werden. Unternehmen, die mit
759 Lebensmitteln spekulieren und am Hunger
760 der anderen Profit machen, muss Einhaltung
761 geboten werden! Wir müssen uns in all
762 diesen Punkten als Gemeinschaft betrach-
763 ten, und dürfen mit unseren Werten kei-
764 nen Protektionismus betreiben - sie müs-
765 sen für alle gelten, und überall gleicherma-
766 ßen Richtlinie unseres Handelns sein. Nur
767 so können wir als Menschen und als Gesell-
768 schaft an den aktuellen, und den uns be-
769 vorstehenden Herausforderungen gemein-
770 sam (zusammen-)wachsen. Daher stellen
771 auch wir Jusos Rheinland-Pfalz den An-
772 satz von internationalistischer, feministi-
773 scher und sozialistischer Politik weiterhin
774 immer in den Vordergrund unseres Han-
775 delns. Gegenwind von Konservativen, und
776 wenn es sein muss auch aus der eigenen
777 Partei, halten wir gemeinsam stand - denn
778 vereint sind wir stark.

779 Internationalistisch: Wir müssen unseren
780 eurozentrischen Blick auf die Dinge able-
781 gen und Rassismus und Antisemitismus
782 weiter entschieden entgegentreten! Wir
783 sind uns bewusst, dass soziale Ungleichhei-
784 ten oder die Klimakrise an Grenzen nicht
785 halt machen. Doch klar ist: Unser Wohl-
786 stand darf nicht auf Kosten anderer gehen!
787 Als Sozialist*innen stehen wir auch interna-
788 tional immer auf der Seite der Unterdrück-
789 ten, nie auf der Seite der Unterdrücken-
790 den. Dieser Grundsatz muss von materiel-
791 len, kapitalistischen Eigeninteressen unbe-
792 rührt bleiben!

793 Feministisch: Spätestens, seitdem wir ei-
794 ne weibliche Außenministerin haben wird
795 viel von feministischer Außenpolitik ge-

796 sprachen. Wir Jusos RLP sind ein feminis-
797 tischer Richtungsverband und schon lange
798 überzeugt, dass feministische Politikansät-
799 ze - in allen Bereichen - eine Verbesserung
800 sein kann. Daher muss es beim außenpo-
801 litischen Handeln der Bundesrepublik eine
802 Rolle spielen, ob die Staaten mit denen Ab-
803 kommen geschlossen oder zusammenge-
804 arbeitet werden soll, die Rechte von Frau-
805 en* und Minderheiten achten. Falls nicht,
806 dürfen wir davor nicht die Augen schließen!
807 Wir werden im Rahmen unserer Möglich-
808 keiten immer darauf aufmerksam machen.
809 Dies muss auch für die USA gelten: Frau-
810 en*- und LGBTQIA+-Rechte stehen vor einer
811 massiven Einschränkung, die wir nicht still-
812 schweigend hinnehmen dürfen. My body -
813 my choice! Unsere Solidarität ist interna-
814 tional - und muss laut zum Ausdruck ge-
815 bracht werden. Für eine echte Gleichstel-
816 lung der Geschlechter werden wir uns wei-
817 ter stark machen, und dem lila Faden bei
818 unserem Wirken stets folgen. Geschlechts-
819 spezifische Diskriminierung findet weiter-
820 hin statt, auch für die Menschen, die sich im
821 konstruierten binären Geschlechtersystem
822 nicht wiederfinden - sie denken wir eben-
823 so mit, und betrachten unseren Feminis-
824 mus als intersektional. Verschiedene Dis-
825 kriminierungsgründe werden wir nicht ge-
826 geneinander ausspielen!

827 Sozialistisch: Wir bekennen uns dazu, die
828 kapitalistischen Verhältnisse in denen wir
829 aktuell leben überwinden zu wollen. dies
830 ist stets Richtlinie unseres Handelns. Wir
831 möchten eine Gesellschaft der Freien und
832 Gleichen erreichen. Daher gilt es, die kapi-
833 talistischen Widersprüche aufzuheben. Der
834 Satz "starke Schultern müssen mehr tra-
835 gen" ist für uns nicht nur ein netter Spruch,

836 sondern wir meinen es ernst: wir brauchen
837 eine Umverteilung von oben nach unten
838 und einen solidarischen Sozialstaat der sei-
839 nen Namen auch verdient. Bereits Marx
840 wusste: Wir haben nichts zu verlieren, au-
841 ßer unsere Ketten - aber eine Welt zu ge-
842 winnen! Wir sind uns einig: Dass einige we-
843 nige Eigentümer*innen und Aktionär*in-
844 nen mit der Arbeit anderer Leute reich wer-
845 den und den Gewinn, den die arbeiten-
846 de Klasse erwirtschaftet hat einstreichen,
847 während die Arbeiter*innen selbst sich am
848 Ende des Monats zwischen der Miete und
849 einem vollen Magen entscheiden müssen,
850 das kann und darf nicht sein! Unser Klas-
851 senbewusstsein wird von diesen kapitalis-
852 tischen Widersprüchen gestärkt und ver-
853 bindet uns mit unseren Schwesterorgani-
854 sationen und Sozialist*innen auf der gan-
855 zen Welt. Freund*innenschaft siegt! Diese
856 Werte vereinen uns, und machen uns aus -
857 und mit ihnen als Richtlinie und Kompass
858 können wir gemeinsam in die Zukunft ge-
859 hen und eine Zeitenwende erwirken, die ih-
860 ren Namen auch verdient. Wir wollen kein
861 Zurückfallen in altes Blockdenken, Protek-
862 tionismus und die weitere Ausbeutung von
863 Menschen und unserer Erde, sondern wir
864 wollen vereint nach vorne.